

Wien, am 17. Juni 2009

1010 Wien, Teinfaltstraße 7, Tel. 53 454/266
wilhelm.gloss@goed.at
G-521e/2009 - Dr.G/Hof

An

- die Vorsitzenden der Betriebsräte der Universitäten
- die Vorsitzenden und Stellv. der BV 13 und BV 16 der GÖD
- die Mitglieder des VA der GÖD

Liebe Kolleginnen!
Liebe Kollegen!

**Betr.: Universitätsrechts-Änderungsgesetz 2009 (Entwurf);
Beschluss des Ministerrates vom 16. Juni 2009;
Parlamentarischer Prozess**

Die Durchsicht des Ministerratsbeschlusses zeigt, dass die Forderungen der Bundesvertretungen 13 (wissenschaftliches/künstlerisches Personal) und 16 (allgemeines Personal), die von der GÖD übernommen und vom ÖGB im Rahmen des letzten Bundeskongresses beschlossen wurden, nicht berücksichtigt sind. Das politische Wollen ignoriert weitestgehend die verschiedenen Verlangen der Dienstnehmervertretungen an den Universitäten für das berufliche Zusammenleben und Zusammenwirken.

Die GÖD ist nicht bereit, diese Situation zu akzeptieren.

Sie wird alle Möglichkeiten einsetzen, die im parlamentarischen Verfahren zur Verfügung stehen, um die Positionen der Gewerkschaft zum Tragen zu bringen.

Eine dieser Maßnahmen wird sein, alle Abgeordneten zum Nationalrat, die gewerkschaftlich organisiert sind, über diese Situation zu informieren und um Unterstützung für die von GÖD und ÖGB beschlossenen Forderungen zu ersuchen.

Mit besten Grüßen



2 Beilagen